Stellungnahmen	Abwägung
Stellungnahme Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr SH vom 05.10.2018	
<p>Sehr geehrte Frau Alt,</p> <p>zu dem Entwurf des Lärmaktionsplans nehme ich wie folgt Stellung.</p> <p>Es wurde im Jahr 2017 - basierend auf den Ergebnissen aus der Verkehrszählung 2015 - überprüft, ob die Auslösewerte der Lärmsanierung für Straßen in der Baulast des Bundes durch den Verkehr auf der BAB A 1 im Bereich Stapelfeld überschritten werden. Die Berechnung hat nur an wenigen Gebäuden geringfügige Überschreitungen der Nachtwerte ergeben. Aktive Maßnahmen können daraus nicht begründet werden.</p> <p>Es wird noch eine erneute Überprüfung stattfinden, wenn die Ergebnisse der von der Niederlassung Lübeck zugesagten Verkehrszählung vorliegen. Die Erfassung erfolgt durch ein von der Niederlassung beauftragtes Ingenieurbüro.</p> <p>Der Einbau eines offenporigen Asphalts (OPA) ist nach wie vor nur unter besonderen Umständen möglich. Die o.a. nur geringen Überschreitungen der Auslösewerte im Nachtzeitraum würden bei der notwendigen Vorlage beim Bund zu keinem Erfolg führen. Die Lebensdauer eines OPA liegt bislang nur bei 8 bis 10 Jahren. Zudem wurde gerade eine Deckenerneuerung auf der A 1 durchgeführt.</p>	<p>Dem LBV wird für seine Stellungnahme gedankt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Forderungen nach dem Bau von Schallschutzwänden oder -wällen und dem Einbau von Schallschutzfenstern bleiben als langfristige Strategien für den Fall der Überschreitung der Auslösewerte erhalten.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Forderung nach dem Einbau von lärm mindernden Fahrbahnbelägen bleibt als langfristige Strategie für den Lärmschutz erhalten.</p>

<p>Hinsichtlich der angesprochenen Deckenerneuerung auf der Landesstraße L 222 kann ich Ihnen bislang keinen Termin nennen. Es wird für Geschwindigkeiten > 60 km/h dann eine -2 dB(A)-Decke zum Einsatz kommen, innerörtlich ist zum jetzigen Zeitpunkt noch kein entsprechender Belag freigegeben.</p> <p>Zu der geforderten Geschwindigkeitsbeschränkung auf der L 222 nimmt die Obere Verkehrsbehörde wie folgt Stellung: Zuständig für die Anordnung von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf der Landesstraße L 222 ist die Verkehrsbehörde, in diesem Fall ist es die Verkehrsbehörde des Kreises Stormarn. Beschränkungen der zulässigen Höchstgeschwindigkeit aus Gründen des Lärmschutzes bedürfen stets einer Einzelfallentscheidung unter Beachtung der Grenzen des § 45 Abs. 9 StVO, die nicht nur von der Überschreitung von Grenz- und / oder Richtwerten abhängig ist. Maßgeblich sind bei der Entscheidung der Verkehrsbehörde über eine verkehrsrechtliche Maßnahme zur Lärmreduzierung insbesondere auch die Lärmschutz-Richtlinien-StV, die bei der Festlegung straßenverkehrsrechtlicher Maßnahmen u.a. die Berücksichtigung der Funktion der Straße verlangt. Die Beurteilungspegel am Immissionsort (nach RLS-90) richten sich nach den Lärmschutz- Richtlinien-StV, Ziffer 2.1. Danach kommen straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen insbesondere in Betracht, wenn folgende Richtwerte überschritten werden: - in reinen und allgemeinen Wohngebieten, Kleinsiedlungsgebieten, an Krankenhäusern, Schulen, Kur- und Altenheimen 70 dB(A) tags und 60 dB(A) nachts, - in Kern-, Dorf- und Mischgebieten 72 dB(A) tags und 62 dB(A) nachts. Von diesen Richtwerten ist bei der Abwägung auszugehen. Alle verkehrsrechtlichen Anordnungen bedürfen gemäß StVO bzw. VwV-StVO</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, die Richtwerte werden nicht überschritten. Die Forderung nach einer Geschwindigkeitsreduzierung bleibt als langfristige Strategie erhalten, insbesondere für den Fall, dass eine Überschreitung der Grenz- und/ oder Richtwerte aus der Lärmschutz-Richtlinie-StV eintritt.</p>
---	---

der vorherigen Anhörung des Straßenbulasträgers und der Polizei (Stabsbereich 1.3 der Polizeidirektionen).
 In Zweifelsfällen ist die Zustimmung der oberen und / oder der obersten Verkehrsbehörde einzuholen.

Hinweis:

In der Tabelle 1 ist die Korrektur für die neue Deckschicht noch nicht eingetragen.

In der Tabelle 2 wird als Stand noch März 2013 angegeben. Die unter 2.2 (drittletzter Absatz) angegebene Betroffenheit von ein Drittel ist nicht korrekt.

Zu den abgegebenen Stellungnahmen im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung bemerke ich Folgendes:

Der Bau einer Lärmschutzwand durch den Bulasträger kann nur erfolgen, wenn an einer Vielzahl von Gebäuden die Auslösewerte der Lärmsanierung überschritten werden und so eine aktive Maßnahme wie eine Lärmschutzwand als verhältnismäßig gegenüber dem Bund begründet werden kann. Die zuletzt durchgeführte Berechnung ergab nur an wenigen Gebäuden geringe Überschreitungen der Auslösewerte, sodass die Verhältnismäßigkeit nicht gegeben war. Mit den Ergebnissen der von der Niederlassung Lübeck zugesagten erneuten Verkehrszählung wird eine erneute Überprüfung stattfinden.

Die Kartierung 2013 erfolgte mit einem Korrekturwert von +2dB(A) für die Deckschicht, die Kartierung 2017 mit einem Korrekturwert von -2 dB(A). Die Erhöhung des durchschnittlichen Verkehrs unter Berücksichtigung der Lkw-Anteile ergibt „nur“ einen Zuwachs von 1 dB(A) tags und 0,6 dB(A) nachts, sodass die aktuelle Kartierung tags auf um 3,0 dB(A) und nachts auf um 3,4 dB(A) geringere Pegel basiert.

Dem Bürger wird entsprechend der Stellungnahme des LBV geantwortet.

Die Empfehlungen in einem Lärmaktionsplan führen nicht dazu, dass diese auch vom Baulastträger umgesetzt werden müssen. Der Einbau eines offenporigen Asphalts ist - wie bereits in der obigen Stellungnahme erwähnt - nach wie vor nur unter besonderen Umständen möglich.

Die Berechnung für das Jahr 2010 weist nur die Emissionspegel (Pegel am Ort der Entstehung) aus. Die Betroffenheiten werden über die Immissionspegel (Pegel an der Fassade des Gebäudes) ermittelt. Der Berechnungsauszug 2010 diene nur zur damaligen Überprüfung einer sogenannten fehlgeschlagenen Prognose¹ und hat keine Aussagekraft hinsichtlich der Belästigungen oder Belastungen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.